



Geschäftsführung Stadtentwicklungsausschuss

Frau Weber

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: simone.weber@stadt-koeln.de

Datum: 14.07.2009

Niederschrift

über die **49. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 05.03.2009, 15:07 Uhr bis 20:28 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Karl-Jürgen Klipper	CDU
--------------------------	-----

Bezirksbürgermeister

Herr Winfried Dohm	CDU	Bezirksbürgermeister von Kalk
--------------------	-----	-------------------------------

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Henk van Benthem	CDU	in Vertretung für Herrn Bartsch
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	in Vertretung für Herrn Möbius (bis 19:00 Uhr)
Herr Helmut Jung	CDU	
Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD	Vorsitzende in Vertretung von Herrn Klipper bei TOP 10.4
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD	
Herr Johannes Eckard Waschek	SPD	
Herr Michael Zimmermann	SPD	
Frau Barbara Moritz	Grüne	
Herr Horst Thelen	Grüne	
Herr Ralph Sterck	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Jörg Detjen	Die Linke.Köln	
Herr Hans-Martin Breninek	pro Köln	
Frau Petra May	Einzelmandatsträgerin	(bis 18:00 Uhr)

Herr Dr. Martin Müser

KBB

Sachkundige Einwohner und Einwohnerinnen nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Jürgen Brock-Mildenberger

SPD

Herr Jörg Beste

auf Vorschlag der Grünen

Herr Norbert Hilden

auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Werner Baatz

Frau Christina Strunk

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck

Dezernat Stadtentwicklung,
Planen und Bauen

Herr Heinrich Funk

Stadtplanungsamt

Herr Hermann Gellissen

Stadtplanungsamt

Frau Maria Kröger

Amt für Stadtentwicklung
und Statistik

Frau Anne Luise Müller

Stadtplanungsamt

Frau Elke Müssigmann

Stadtplanungsamt

Herr Ralf Schauer

Umwelt- und Verbraucher-
schutzamt

Herr Beigeordneter Bernd Streitberger

Dezernat Stadtentwicklung,
Planen und Bauen

Schriftführer

Frau Simone Weber

Dezernat Stadtentwicklung,
Planen und Bauen

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans-Werner Bartsch

CDU

Herr Christian Möbius

CDU

Sachkundige Einwohner und Einwohnerinnen nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Dr. Ulrich Soénius	auf Vorschlag der CDU
Frau Imme Helbig	auf Vorschlag der CDU
Herr Michael Frenzel	auf Vorschlag der SPD

Der Ausschussvorsitzende Klipper eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und macht auf die markierten Änderungen zur Tagesordnung bzw. zugesetzten Tagesordnungspunkte aufmerksam. Aufgrund der erhöhten Publikumsanzahl zu TOP 9.1 schlägt der Vorsitzende vor, diesen Tagesordnungspunkt vorzuziehen. Mit Verweis auf die hohe Anzahl vorliegender Tischvorlagen fordert Vorsitzender Klipper die Verwaltung wiederholt auf, Vorlagen rechtzeitig vorzulegen. Beigeordneter Streitberger geht hierauf ein und erläutert den erforderlichen Verwaltungsprozess und beschreibt das Abwägungserfordernis zwischen dem Einbringen verfristeter Vorlagen und dem Versorgen des Ausschusses mit ausreichenden Informationen (z. B. Auszüge aus Protokollen anderer Gremien und ggf. Stellungnahmen der Verwaltung).

Beigeordneter Streitberger greift das Unglück am Waidmarkt auf und informiert über die aktuellen Sachstände und Maßnahmen.

Der Ausschuss stimmt den vorgeschlagenen Änderungen zur Tagesordnung zu und beschließt somit folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2. Schriftliche Anfragen

3. Anträge

4. Stadtplanung - Projekte

4.1. Regionale 2010

--/--

- 4.2. Ergebnis des Werkstattverfahrens 'Erweiterung Stadtmuseum'

5. Allgemeine Vorlagen

- 5.1. Mehrfachbeauftragung für Stadtraum Mülheimer Brückenrampe in Köln-Mülheim als kooperatives Verfahren
Arbeitstitel: Raum | Stadt | Brücke in Köln-Mülheim
5642/2008
abschließender Beschluss
- 5.2. Städtebauliche Entwicklung Werthmannstraße;
hier: Auslobungstext
4814/2008
abschließender Beschluss
- 5.3. Beschluss über den zukünftigen Standort des Feuerwehrgerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr Löschgruppe Köln-Brück
Arbeitstitel: Feuerwehrgerätehaus Köln-Brück
0074/2009
abschließender Beschluss
- 5.4. Bahnhof Köln Hbf, Sanierung der DB-Lounge
Stellungnahme im Rahmen eines Verfahrens nach § 18 b Allgemeines Eisenbahngesetz
5430/2008
abschließender Beschluss
- 5.5. Teilprojekt: Sanierung Bocklemünd/Mengenich
hier: Umgestaltungsmaßnahme Görlinger Zentrum; Ausbau und Vergabe
3613/2008
Verweisungsbeschluss in den Verkehrsausschuss, in die Bezirksvertretung Ehrenfeld und in den Finanzausschuss; wird auf Wiedervorlage verzichtet? – Wenn ja, dann abschließender Beschluss

- 5.6. Grundstück Gottfried-Hagen-Str. 1 - Antrag auf Erteilung einer BImSchG-Genehmigung für eine Anlage zur Lagerung und Behandlung von Schrott

0059/2009

Verweisungsbeschluss in den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün sowie in die Bezirksvertretung Kalk

Tischvorlage

6. Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

- 6.1. Höhenkonzept für die linksrheinische Kölner Innenstadt

hier: Konkretisierung im Bereich der Ringe

5541/2008

abschließende Vorberatung für den Rat

- 6.2. Soziale Stadt NRW - Mülheim-Programm

hier: Integriertes Handlungskonzept Mülheim 2020 für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Köln - Mülheim

3493/2008

abschließende Vorberatung für den Rat;

hierzu liegen Anlagen 8, 9 und 10 als Tischvorlagen vor

- 6.3. Rechtsrheinisches Entwicklungskonzept, Teilraum Süd

Standortuntersuchung Deutzer Hafen

5589/2008

abschließende Vorberatung für den Rat

- 6.4. EFRE-Ziel-2-Förderprojekt "Design Quartier Ehrenfeld" im Rahmen des NRW-Clusters "Kultur- und Kreativwirtschaft"

hier: Mittelfreigabe

0228/2009

abschließende Vorberatung für den Finanzausschuss

- 6.5. Stilllegung der städtischen Altdeponie Nonis in Köln-Merheim

5646/2008

abschließende Vorberatung für den Rat; die Vorlage wurde mit Schreiben vom 13.02.2009 allen Ratsmitgliedern übersandt

6.6. Einzelhandelskonzept Köln und Stabilisierung der Nahbereichszentren in den Stadtbezirken

hier: Einrichtung einer Mehrstelle im Bereich Stadtentwicklung/Zentrenentwicklung und -förderung

0104/2009

abschließende Vorberatung für den Rat

6.7. Kölner Integrationskonzept - konzeptionelle Grundlagen und Handlungsempfehlungen

0504/2009

abschließende Vorberatung für den Rat; die Vorlage wurde mit Schreiben vom 19.02.2009 allen Ratsmitgliedern übersandt

6.8. Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Teilergebnisplan 0901 - Stadtplanung und -entwicklung -, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen-, Haushaltsjahr 2009

hier: Mehrfachbeauftragung zur Erweiterung des Kölnischen Stadtmuseums

0522/2009

abschließende Vorberatung für den Rat;

Tischvorlage

7. Änderungen des Flächennutzungsplanes

7.1. 166. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal

Arbeitstitel: "Umgebung Eupener Straße inklusive ehemaliges Sidol-Gelände" in Köln-Müngersdorf/-Braunsfeld

hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss

0521/2009

Verweisungsbeschluss in den Rahmenplanungsbeirat Braunsfeld/Müngersdorf/ Ehrenfeld, in den Wirtschaftsausschuss, in den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün und in die Bezirksvertretung Lindenthal

Tischvorlage

8. Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

9. Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

9.1. Städtebauliches Planungskonzept

Arbeitstitel: Herrigergasse in Köln-Müngersdorf;

hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Lindenthal zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Entscheidung über die Vorgaben zum Bebauungsplan-Entwurf

0699/2009

abschließender Beschluss

Tischvorlage

10. Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

10.1. Beschluss über die 2. Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 67410/10

Arbeitstitel: Westlich Raderberger Straße in Köln-Raderberg

4842/2008

abschließender Beschluss

10.2. Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Arbeitstitel: Gewerbegebiet südlich Venloer Straße in Köln-Bocklemünd/Mengenich

4352/2008

abschließender Beschluss

10.3. Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Arbeitstitel: Gewerbegebiet Hugo-Junkers-Straße in Köln-Longerich

5673/2008

abschließender Beschluss

10.4. Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 62450/06

Arbeitstitel: Ehemaliges Sidolgelände in Köln-Müngersdorf/-Braunsfeld

5671/2008

abschließender Beschluss; die Vorlage wurde mit Schreiben vom 09.01.2009 allen Ausschussmitgliedern übersandt – zuletzt ergänzt mit Schreiben vom 13.01.2009

- 10.5. Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Arbeitstitel: Leyendeckerstraße/Christianstraße in Köln-Ehrenfeld

4754/2008

abschließender Beschluss

- 10.6. Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB

Arbeitstitel: "Odemshof" in Köln-Lövenich

5666/2008

abschließender Beschluss

- 10.7. Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 63538/02

Arbeitstitel: Schaaffhausenstraße in Köln-Seeberg

5586/2008

abschließender Beschluss

- 10.8. Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Arbeitstitel: Äußere Kanalstraße/Iltisstraße in Köln-Neuehrenfeld

5660/2008

abschließender Beschluss

- 10.9. Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens

Arbeitstitel: "Gießerei-Gelände" in Köln-Mülheim

5751/2008

abschließender Beschluss

- 10.10. Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Arbeitstitel: "Öffentlich zugängliche Golfanlage" in Köln-Widdersdorf
5611/2008

Verweisungsbeschluss in den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün sowie in die Bezirksvertretungen Ehrenfeld und Lindenthal; die Vorlage wurde mit Schreiben vom 21.01.2009 allen Ausschussmitgliedern übersandt

- 10.11 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 76437/03
Arbeitstitel: An der Rather Burg in Köln-Rath/Heumar
5713/2008

Verweisungsbeschluss in den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün und in die Bezirksvertretung Kalk

- 10.12 Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 68505/02
Arbeitstitel: :rhein - "wohnen am strom" Ulrich Haberland Haus in Köln-Stammheim
4599/2008

Verweisungsbeschluss in den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün und in die Bezirksvertretung Mülheim; die Vorlage wurde mit Schreiben vom 13.01.2009 allen Ausschussmitgliedern übersandt

- 10.13 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Kalker Hauptstr. 145 in Köln-Kalk
0452/2009

Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Kalk

- 10.14 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 63472/03
Arbeitstitel: Alpenerstraße/Marienstraße in Köln-Ehrenfeld
0395/2009

Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Ehrenfeld

- 10.15 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Südwestlich Melatenfriedhof in Köln-Lindenthal
5599/2008

Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Lindenthal;

10.16 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 66455/06

**Arbeitstitel: Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord
5674/2008**

Verweisungsbeschluss in den Wirtschaftsausschuss, in den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün und in die Bezirksvertretung Innenstadt;

die Vorlage wurde mit Schreiben vom 02.03.2009 allen Ausschussmitgliedern übersandt

11. Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

12. Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

12.1. Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nr. 71380/03

Arbeitstitel: "Sürther Feld" in Köln-Rodenkirchen
5616/2008

abschließende Vorberatung für den Rat; die Vorlage wurde mit Schreiben vom 15.01.2009 allen Ratsmitgliedern übersandt;

hierzu liegt Anlage 9 als Tischvorlage vor

12.2. Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 5945/03

Arbeitstitel: Gewerbegebiet Dieselstraße in Köln-Lövenich
0194/2009

abschließende Vorberatung für den Rat; die Vorlage wurde mit Schreiben vom 06.02.2009 allen Ratsmitgliedern übersandt

13. Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

13.1. Beschluss über die Einleitung betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 70493/03 in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB

Arbeitstitel: Düsseldorfer Straße in Köln-Mülheim, 1. Änderung
5580/2008

abschließender Beschluss

- 13.2. Beschluss über die Einleitung betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 70459/05

Arbeitstitel: Kunttstraße in Köln-Kalk, 2. Änderung

5521/2008

Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Kalk

- 13.3. Beschluss über die Offenlage betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6150/02

Arbeitstitel: Gewerbegebietserweiterung westlich Butzweilerhof in Köln-Ossendorf

0479/2009

Verweisungsbeschluss in den Wirtschaftsausschuss und in die Bezirksvertretung Ehrenfeld

14. Aufhebung von Bebauungsplänen

15. Sonstige Satzungen

- 15.1. Sanierung Ehrenfeld/Ost

Aufhebung der Sanierungssatzungen Ehrenfeld/Ost , Abschnitte I und II

3945/2008

abschließende Vorberatung für den Rat; die Vorlage wurde mit Schreiben vom 06.11.2008 allen Ratsmitgliedern übersandt;

hierzu liegt Anlage 4 als Tischvorlage vor

- 15.2. Sanierung Kalk Aufhebung der Sanierungssatzung Kalk

5768/2008

Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Kalk;

wird auf Wiedervorlage verzichtet? – Wenn ja, dann abschließende Vorberatung für den Rat

16. Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

- 16.1. Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

hier: Umsetzung des Beschlusses der Bezirksvertretung 2 Rodenkirchen vom 05.05.2008 durch die Einleitung vorbereitender (Sanierungs-) Untersuchungen gem. § 141 Baugesetzbuch für

Köln-Meschenich

0274/2009

Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Rodenkirchen

17. Mitteilungen

17.1. Bericht Stadtraummanagement 2008

5602/2008

vertagter TOP 17.11 aus der Sitzung vom 22.01.2009; bitte halten Sie die Unterlage bereit

17.2. Bebauung am Breslauer Platz

-Ergebnis des kooperativen Werkstattverfahrens-

0042/2009

vertagter TOP 17.9 aus der Sitzung vom 22.01.2009; bitte halten Sie die Unterlage bereit

17.3. Bebauungsplan-Entwurf Nr. 72509/04

Arbeitstitel: Heidekarree in Köln-Dellbrück;

hier: Sachstand, Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

0160/2009

17.4. Mehrgenerationenwohnen in Köln

5076/2008

17.5. Förderprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung für Maßnahmen an Welterbestätten

0664/2009

17.6. Probetrieb der KVB-Fahrgastinformation in Form einer Stele

0614/2009

17.7. Bebauung am Breslauer Platz;

hier: frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

0733/2009

**17.8. Mehrfachbeauftragung für Stadtraum Mülheimer Brückenrampe
in Köln-Mülheim als kooperatives Verfahren**

Arbeitstitel: Raum | Stadt | Brücke in Köln-Mülheim

0814/2009

Tischvorlage

18. Mündliche Anfragen

19. Gleichstellungsrelevante Themen

II. Nichtöffentlicher Teil

20. Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

21. Schriftliche Anfragen

22. Anträge

23. Stadtplanung - Projekte

24. Gestaltungsbeirat

**24.1. Einladung/Tagesordnung zur Sitzung des Gestaltungsbeirates
am 09.03.2009**

0860/2009

Tischvorlage

24.2. Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 26.01.2009

0861/2009

Tischvorlage

25. Sonstige Vorlagen

- 25.1. Kaufhaus Kutz, Martinstraße / Obenmarspforten / Steinweg
0639/2009
abschließende Vorberatung für den Rat

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion vom 04.03.2009
AN/0340/2009
Tischvorlage

26. Mitteilungen

27. Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Schriftliche Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Anträge

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Regionale 2010

--/--

4.2 Ergebnis des Werkstattverfahrens 'Erweiterung Stadtmuseum'

Beigeordneter Streitberger stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation das Ergebnis des Werkstattverfahrens vor.

Vorsitzender Klipper stellt die Wichtigkeit heraus, gleichzeitig den ersten Teil der Zeughausstraße neu zu gestalten, damit auch vor dem Museum Aufenthaltsqualität entstehe. Beigeordneter Streitberger geht hierauf ein und erklärt, dass seitens der Verwaltung keine Fußgängerzone, sondern ein sogen. „shared space“ als Mischverkehrsfläche geplant sei; der Verkehr solle auf die Straße Burgmauer verlegt werden.

RM May bittet darum, die Präsentation den Fraktionen und Einzelmandatsträgern zur Verfügung zu stellen. Dies wird seitens des Beigeordneten zugesagt.

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Mehrfachbeauftragung für Stadtraum Mülheimer Brückenrampe in Köln-Mülheim als kooperatives Verfahren Arbeitstitel: Raum | Stadt | Brücke in Köln-Mülheim 5642/2008

RM Detjen macht unter Bezugnahme auf Seite 9 darauf aufmerksam, dass es in der Bezirksvertretung Mülheim keine „Fraktion Bündnis 90/Die Grünen“, sondern eine „Fraktionsgemeinschaft Grüne / Linke“ gebe.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, eine Mehrfachbeauftragung für die Verbesserung der städtebaulichen Situation im Bereich der Brückenrampe in Köln-Mülheim als kooperatives Verfahren gemäß dem Vorschlag vorzubereiten und durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2 Städtebauliche Entwicklung Werthmannstraße;
hier: Auslobungstext
4814/2008**

Eingehend auf den Wunsch der Bezirksvertretung nach einem Verkehrsgutachten klärt Beigeordneter Streitberger auf, dass zu einem Bebauungsplan ohnehin ein Verkehrsgutachten gehöre. Die angespannte Verkehrssituation vor Ort sei durchaus bekannt.

Vorsitzender Klipper regt an, unter Berücksichtigung von Anlage 6 abzustimmen.

Beschluss gemäß Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der geänderten Zahlen gemäß Anlage 6:

Der Stadtentwicklungsausschuss ist mit dem Auslobungstext für das Planungsgutachten "Werthmannstraße" mit der Maßgabe einverstanden, dass ein ca. 7 000 m² großer Standort für eine Förderschule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung auf dem Gelände vorgesehen wird und bekräftigt die Forderung des Liegenschaftsausschusses, im Gebiet ca. 25 % öffentlich geförderten Wohnungsbau vorzusehen.

Mindestens sechs Büros sind an dem Gutachterverfahren zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.3 Beschluss über den zukünftigen Standort des Feuerwehrgerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr Löschgruppe Köln-Brück
Arbeitstitel: Feuerwehrgerätehaus Köln-Brück
0074/2009**

Der Bezirksbürgermeister von Kalk, Herr Dohm, erläutert den Beschluss der Bezirksvertretung. Insbesondere zeichne sich der favorisierte Standort durch seine Nähe zu den Nachbarbezirken Neubrück und Merheim aus, für welche die Freiwillige Feuerwehr Brück ebenfalls zuständig sei. Zudem sei die Lage aufgrund der guten Anbindung zur Autobahn im Falle eines überörtlichen Einsatzes optimal.

RM Dr. Bürgermeister widerspricht dem Bezirksbürgermeister im Namen der SPD-Fraktion. Ihre Fraktion schließe sich dem Verwaltungsvorschlag im Sinne einer schnellen Lösung für die Freiwillige Feuerwehr an.

RM Moritz erklärt für ihre Fraktion, dem Grünen-Votum der Bezirksvertretung zu folgen. Einen Eingriff erachte sie unter „grünräumlicher“ Betrachtung am Standort Westlich Pohlstadtsweg als am verträglichsten.

Nach Ansicht von RM Sterck sollte das Votum der Feuerwehr bezüglich des Standortes berücksichtigt werden. Seine Fraktion spreche sich klar für den Standort Eiskaulenweg/Oberer Bruchweg aus.

Vorsitzender Klipper verweist auf vergangene Diskussionen, anlässlich derer festgehalten worden sei, den Bereich Eiskaulenweg/Oberer Bruchweg nicht bebauen zu wollen. Seine Fraktion werde sich dem Votum der Bezirksvertretung im Sinne der Alternative 1 anschließen.

RM Zimmermann plädiert für eine Abstimmung im Sinne des Verwaltungsvorschlages, da dieser auch dem Wunsch der Feuerwehr entspreche.

Vorsitzender Klipper lässt über die Alternative 1 abstimmen.

Beschluss:

Standort A 1 Westlich Pohlstadtsweg

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, eine Teilfläche der westlich des Pohlstadtswegs in Köln-Brück (Gemarkung Langenbrück, Flur 71 Teilflächen der FlstNr. 1582, 1589) im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 75450/04 vom 30.07.2001 gelegenen Flächen als Standort für das Feuerwehrgerätehaus der Löschgruppe Köln-Brück zu entwickeln und den Bebauungsplan entsprechend zu ändern. Gleichzeitig wird im Zuge der Bebauungsplan-Änderung eine Bebauung im derzeit noch bestehenden Baufeld "Eiskaulenweg/Oberer Bruchweg" ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der SPD und FDP mehrheitlich beschlossen.

5.4 Bahnhof Köln Hbf, Sanierung der DB-Lounge

Stellungnahme im Rahmen eines Verfahrens nach § 18 b Allgemeines Eisenbahngesetz

5430/2008

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt zur Kenntnis, dass unter Berücksichtigung der vorbehaltlich seiner Zustimmung fristwahrend abgegebenen Stellungnahme (Anlage 3) der DB Station & Service AG die Plangenehmigung für ihr Vorhaben durch das Eisenbahn-Bundesamt bereits am 02.12.2008 erteilt wurde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.5 Teilprojekt: Sanierung Bocklemünd/Mengenich hier: Umgestaltungsmaßnahme Görlinger Zentrum; Ausbau und Vergabe 3613/2008

RM Dr. Bürgermeister regt an, die Vorlage vor der Bezirksvertretung auch noch im Sanierungsbeirat zu beraten.

RM Moritz fragt unter Bezugnahme auf folgende Passage (> S. 4 der Vorlage) an, um welche gesetzlichen Vorgaben bzw. welche Gesetze es sich genau handelt.

„Die Straßenverbindung „Görlinger Zentrum“ zwischen Ollenhauer- und Schumacher-ring wird wie bisher die Buslinienführung der Linie 127 aufnehmen. Dieser Bereich kann daher nicht, wie ursprünglich geplant, als verkehrsberuhigte Zone (Beschilderung nach § 42 StVO, Zeichen 325 bzw. 326, Verkehrsberuhigte Bereiche) fortbestehen sondern wird in die Tempo-30-Zone integriert. Die bisherige Regelung der Busführung durch eine verkehrsberuhigte Zone konnte im Rahmen des Bestandsschutzes aufrechterhalten werden. Nach neuen gesetzlichen Vorgaben ist dies nach einem Umbau nicht mehr möglich.“

Die Beantwortung soll zur nächsten Ausschusssitzung erfolgen.

Beschluss:

1. Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes mit der Vergabe und Durchführung der Umgestaltungsmaßnahme Görlinger Zentrum.
2. Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt für die Straßenverbindung Görlinger Zentrum zwischen Ollenhauer- und Schumacher-ring eine Anpassung der Entwurfsplanung an die verkehrstechnischen Erfordernisse der dortigen Buslinienführung. Der Bereich wird nicht als verkehrsberuhigte Zone fortbestehen sondern in eine be-

stehende Tempo-30-Zone integriert.

3. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 1.716.027,60 € im Teilfinanzplan 0901 Stadtplanung und –entwicklung bei Finanzstelle 1502-0901-4-5300 (Bocklemünd/Mengenich), Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2009.

Zunächst verweist der Ausschuss die Vorlage jedoch zur Anhörung in den Verkehrsausschuss, in die Bezirksvertretung Ehrenfeld und in den Finanzausschuss. Vor der Bezirksvertretung soll die Vorlage zudem im **Sanierungsbeirat** beraten werden.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, wenn die genannten Gremien ohne Einschränkungen zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.6 Grundstück Gottfried-Hagen-Str. 1 - Antrag auf Erteilung einer BImSchG-Genehmigung für eine Anlage zur Lagerung und Behandlung von Schrott 0059/2009

Herr Schauer vom Umweltamt erläutert die Vorlage.

Bezirksbürgermeister Dohm fragt an, inwieweit die Verwaltung zusätzliche Auflagen gegenüber der Firma bei einer Beurteilung nach § 34 BauGB machen könne und welche Möglichkeiten die Verwaltung bei einem Bebauungsplan habe, durch ordnungsrechtliche Verfügungen zumindest das zu erreichen, was die ansässige Firma derzeit ohnehin beabsichtige.

RM Dr. Bürgermeister regt an, die Vorlage zunächst „ohne Votum“ auf den Weg zu geben, um sich anschließend intensiv mit der Angelegenheit auseinander zu setzen.

Herr Schauer erklärt, dass der betreffende Betrieb aufgrund der bisher erteilten Genehmigungen einen Vertrauensschutz genieße. Ordnungsrechtliche Maßnahmen könnten ergriffen werden, sofern Immissionen über das gesetzliche Maß hinaus gingen. In diesem Zusammenhang verweist Herr Schauer auf die Zuständigkeit der Bezirksregierung Köln.

Vorsitzender Klipper bittet Herrn Schauer darum, in der Sitzung der Bezirksvertretung für Fragen zur Verfügung zu stehen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Wirtschaftsausschuss, in den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün sowie in die Bezirksvertretung Kalk.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

**6.1 Höhenkonzept für die linksrheinische Kölner Innenstadt
hier: Konkretisierung im Bereich der Ringe**

5541/2008

Vorsitzender Klipper spricht sich dafür aus, die historische Anmutung des Ringes zu erhalten.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, dass das am 15.05.2007 beschlossene Höhenkonzept dergestalt angepasst wird, dass für die Ringstraßen das "Ringkonzept 2001" konkretisiert wird und für jede angegebene Geschosshöhe eine maximale Gebäudehöhe festgeschrieben wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.2 Soziale Stadt NRW - Mülheim-Programm
hier: Integriertes Handlungskonzept Mülheim 2020 für das Programm-
gebiet "Soziale Stadt" Köln - Mülheim**

3493/2008

Unter Verweis auf die Wichtigkeit des Projektes hofft RM Zimmermann auf einen einstimmigen Beschluss des Ausschusses. Zum Verfahren im Umgang mit dem Beschluss der Bezirksvertretung schlägt RM Zimmermann vor, dem Punkt 1 zuzustimmen.

men und den Punkt 2 als Prüfauftrag zu betrachten – die dortigen Anregungen sollten von der Verwaltung im Laufe des Verfahrens aufgearbeitet werden.

RM Moritz begrüßt, dass die Projekte nunmehr ausgeschrieben werden sollen. Dass die Bezirksvertretung Mülheim über sie betreffende Dinge informiert werde, halte sie für selbstverständlich und müsse nach ihrer Auffassung nicht extra beschlossen werden. Die verkehrlichen Aspekte der Beschlüsse seien nicht nachvollziehbar. RM Moritz weist darauf hin, dass der Beschluss nach ihren Informationen nicht einstimmig erfolgt sei.

RM Detjen betont, dass sich die Fraktion Grüne/Linke in der Bezirksvertretung Mülheim für die ursprüngliche Vorlage der Verwaltung eingesetzt habe. Den gefassten Zusatzbeschlüssen, insbesondere unter Punkt 2, könne er nicht folgen. Insofern rate er, die Bedenken der Bezirksvertretung der Verwaltung zur Kenntnis zu geben. Eine Prüfung durch die Verwaltung halte er jedoch für unzweckmäßig.

RM Zimmermann empfiehlt, den ersten Punkt des Beschlusses der Bezirksvertretung, welcher eigentlich eine Selbstverständlichkeit darstelle, trotzdem zu beschließen, um damit bestehenden Irritationen in der Bezirksvertretung entgegen zu wirken. Der zweite Teil des Beschlusses sollte durch den Ausschuss nicht bestätigt werden, aber der Verwaltung – auch mit der Bitte um Stellungnahme - mitzugeben.

Die Beteiligung der Bezirksvertretung sei selbstverständlich, so Beigeordneter Streitberger. Irritiert habe ihn der verkehrslastige Teil in Punkt 2. In diesem Punkt sehe er das Erfordernis, Vermittlungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten.

Vorsitzender Klipper lässt über die Vorlage in der Fassung von Punkt 1 des Beschlusses der Bezirksvertretung Mülheim abstimmen. Weiterhin regt der Vorsitzende an, Punkt 2 des Beschlusses der Bezirksvertretung Mülheim zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss gemäß Punkt 1 des Beschlusses der Bezirksvertretung Mülheim:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt das integrierte Handlungskonzept 2020 als zukünftiges Leitkonzept zur Umsetzung des Bund-Länderprogramms Soziale Stadt. Er beauftragt die Verwaltung, mögliche Projekte des integrierten Handlungskonzepts Mülheim in jedem Einzelfall der Bezirksvertretung Mülheim zur Entscheidung vorzulegen und den zuständigen Ratsausschüssen vorzustellen, und die genehmigten Projekte in ein Gesamtvolumen in Höhe von rund 39,8 Millionen Euro nach gesicherter Finanzierung umzusetzen. Die Entscheidung der Bezirksvertretung bezieht sich dabei sowohl auf die Projektidee, die Auswahl der Projektträger und die Höhe der Gelder, mit denen Projekte unterstützt werden.

Die in 2009 zusätzlich erforderlichen Mittel werden durch Ermächtigungsübertragung im Teilplan 0901 im Rahmen des Jahresabschluss 2008 zur Verfügung gestellt.

Die für die Folgejahre erforderlichen Mittel werden in die Haushaltsplanung 2010 ff aufgenommen.

Den Punkt 2 des Beschlusses der Bezirksvertretung Mülheim nimmt der Stadtentwicklungsausschuss zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.3 Rechtsrheinisches Entwicklungskonzept, Teilraum Süd Standortuntersuchung Deutzer Hafen 5589/2008

Vorsitzender Klipper macht unter Bezugnahme auf die Anlage 2 darauf aufmerksam, dass es richtig 450 km² und nicht 450 m² heißen müsse. Zudem heiße es KLV- und nicht KEV-Terminal.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage mit der Ergänzung „und Hochwasserschutz“ abstimmen.

Beschluss:

Beschluss (entsprechend der Beschlussfassung der BV Innenstadt, des Ausschusses Bauen und Wohnen und des Verkehrsausschusses):

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat nimmt die Standortuntersuchung zum Deutzer Hafen zur Kenntnis.
2. Zur weitergehenden Klärung und Darstellung die aktuelle Hafen- und Logistiknutzung ergänzender Standortalternativen insbesondere in Richtung Wohnen/Dienstleistungen/Kreativnutzung/Gastronomie wird die Verwaltung beauftragt, bis Mai 2009 eine Planungswerkstatt mit Zuladung ausgewiesener Experten aus den Bereichen Bürostandortentwicklung, Wohnungswirtschaft, Kreativwirtschaft, Stadtentwicklung/Städtebau, Logistik, Binnenschifffahrt/Hafenwirtschaft und Wasserwirtschaft **und Hochwasserschutz** durchzuführen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für die Durchführung der vorgenannten Planungswerkstatt zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.4 EFRE-Ziel-2-Förderprojekt "Design Quartier Ehrenfeld" im Rahmen des NRW-Clusters "Kultur- und Kreativwirtschaft" hier: Mittelfreigabe 0228/2009

RM Dr. Bürgermeister schlägt vor, auch die Bezirksvertretung Ehrenfeld in die Beratungsfolge einzubinden.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von 31.840,- € der im Doppelhaushalt 2008/2009 im Teilergebnisplan 0901, Stadtplanung und -entwicklung, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen im Teilansatz zur Unterstützung von EFRE-Projekten im Bereich der "Struktur- und Innovationsförderung" bereitgestellten Mittel für die Maßnahme „Design Quartier Ehrenfeld“. Die Kosten der Maßnahme betragen für die Stadt Köln insgesamt 96.780,- €. Von den in der mittelfristigen Finanzplanung veranschlagten Mitteln werden 2010 32.470,- € und 2011 32.470,- € fällig.

Der Stadtentwicklungsausschuss regt an, die Vorlage auch in der Bezirksvertretung Ehrenfeld zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.5 Stilllegung der städtischen Altdeponie Nonis in Köln-Merheim 5646/2008

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die weiteren Planungsleistungen und die Baumaß-

nahmen zur Errichtung eines Gasfensters als Stilllegungsmaßnahme der städtischen Altdeponie Nonis in Köln-Merheim vorzunehmen.

Die hierfür im Haushaltsjahr 2009 benötigten Mittel belaufen sich nach der vorliegenden Kostenschätzung auf 70.800 € brutto.

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt durch die Inanspruchnahme der gebildeten Rückstellung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.6 Einzelhandelskonzept Köln und Stabilisierung der Nahbereichszentren in den Stadtbezirken hier: Einrichtung einer Mehrstelle im Bereich Stadtentwicklung/Zentrenentwicklung und -förderung 0104/2009

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt zum Stellenplan 2010 die Einrichtung einer vorerst bis zum 31.12.2012 befristeten Mehrstelle in der Wertigkeit EG 13 TVöD (bzw. Vgr. II BAT) im Amt für Stadtentwicklung und Statistik zur Koordination der Umsetzung des Einzelhandelskonzeptes und zur Förderung der städtischen Zentren. Damit eine unterjährige Besetzung gewährleistet werden kann, soll bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 verwaltungsintern eine Stelle zur Verfügung gestellt werden.
2. Die Deckung des für 2009 anteilig zahlungswirksamen Mehraufwands in Höhe von insgesamt max. 54.933,00 € für acht Monate (Personalaufwendungen in Höhe von 46.267,00 € und Sachaufwendungen in Höhe von 8.666,00 €) erfolgt im Rahmen der echten Deckung über die im Finanzausschuss am 09.06.2008 bereitgestellten Mittel zur Stabilisierung der Nahversorgungszentren in den Stadtbezirken. Die Mittel sind im Teilergebnisplan 0901 – Stadtplanung und -entwicklung im Doppelhaushalt 2008/2009 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2012 bei den Teilplanzeilen 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und 15 (Transferaufwendungen) jeweils in Höhe von 175.000,00 € (2009 ff) veranschlagt. Die Deckung erfolgt zu Lasten von Teilplanzeile 13 in Höhe von 28.000,00 € und zu Lasten von Teilplanzeile 15 in Höhe von 26.933,00 €

3. Der Rat beschließt gleichzeitig die Freigabe der restlichen Mittel zur Stabilisierung der Nahversorgungszentren in Stadtbezirken zur Finanzierung von Maßnahmen zur „Zentrenstützung und Stärkung der Nahversorgung“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.7 Kölner Integrationskonzept - konzeptionelle Grundlagen und Handlungsempfehlungen
0504/2009**

Im Namen der CDU-Fraktion regt Vorsitzender Klipper an, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu geben.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.8 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Teilergebnisplan 0901 - Stadtplanung und -entwicklung -, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen-, Haushaltsjahr 2009 hier: Mehrfachbeauftragung zur Erweiterung des Kölnischen Stadtmuseums
0522/2009**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den überplanmäßigen zahlungswirksamen Aufwand i. H. v. 120.000 € im Teilergebnisplan 0901 – Stadtplanung und -entwicklung -, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Der überplanmäßige Mehrbedarf wird durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im

- Teilergebnisplan 0401 – Wissenschaftliche Museen und Archive, hier: Kölni-

ches Stadtmuseum -, Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen i. H. v. 45.000 € sowie im

- Teilergebnisplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen i. H. v. 75.000 €

gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

- 7.1 166. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal**
Arbeitstitel: "Umgebung Eupener Straße inklusive ehemaliges Sidol-Gelände" in Köln-Müngersdorf/-Braunsfeld
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
0521/2009

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Rahmenplanungsbeirat Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld, in den Wirtschaftsausschuss, in den Ausschuss Gesundheit, Umwelt und Grün sowie in die Bezirksvertretung Lindenthal.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

**9.1 Städtebauliches Planungskonzept
Arbeitstitel: Herrigergasse in Köln-Müngersdorf;
hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Lindenthal zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Entscheidung über die Vorgaben zum Bebauungsplan-Entwurf
0699/2009**

RM Moritz fragt unter Bezugnahme auf die Erhaltungssatzung an, ob es zutreffend sei, dass dort eine GFZ von 0,57 festgesetzt sei, wodurch es bei einer Umsetzung des Planvorhabens zu einer Aushebelung der Erhaltungssatzung kommen könnte.

Die Leiterin des Stadtplanungsamtes Frau Müller geht zunächst auf die Aussagen der Erhaltungssatzung ein und erklärt darüber hinaus, dass sich in Anwendung des § 34 Baugesetzbuch Maß und Art der baulichen Nutzung in die Eigenart der Umgebung einfügen müssen; eine GFZ sei in der Erhaltungssatzung nicht festgesetzt; das ortsübliche Maß der Umgebung sei zu ermitteln und daraus die Bebaubarkeit herzuleiten. Der Bereich nördlich Herrigergasse sei nach § 34 BauGB zu beurteilen und im Vergleich mit der direkt umgebenden Bebauung wäre grundsätzlich eine Grundstücksausnutzung von etwa 0,8 bis 0,9 GFZ möglich. Im Rahmen eines Vorbescheidantrages seien 0,57 GFZ genehmigt worden.

Auf Nachfrage von RM Moritz bestätigt Frau Müller, dass der Bereich nördlich Herrigergasse im Rahmen der Satzung genehmigungsfähig wäre.

Sachkundiger Einwohner Hilden macht darauf aufmerksam, dass die Erhaltungssatzung seinerzeit aufgrund des Ausmaßes des DEG-Gebäudes erstellt worden sei. Bei Betrachtung der nun vorliegenden Planung bestehe für den südlichen Teil die Bestandssituation und eine Genehmigung; für den nördlichen Teil bestehe das Anpassen an die Kleinteiligkeit. Da seinerzeit der südliche Teil aus der Satzung herausgenommen worden sei, müsse bei der nunmehr vorzunehmenden Abwägung jedoch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich der südliche Bereich dichter am Ortskern befinde, die Intention der Satzung – nämlich eine kleinteilige Situation in der Örtlichkeit - an dieser Stelle berücksichtigt werden. Unter Bezugnahme auf die topografische Lage weist Herr Hilden kritisch darauf hin, dass die Bebauung am Fuß der Hanglage (am Alten Militärring) die Anstrengungen der Regionale 2010 im Landschaftsbereich konterkariere.

RM Dr. Bürgermeister erachtet es als wichtigen Punkt, dass die Topografie in dem Bereich nachvollziehbar bleiben sollte. Sie fragt an, wie weit die Bebauung von der Straße entfernt sei.

Die Leiterin des Stadtplanungsamtes Frau Müller erklärt, dass das Einfügungsgebot der Erhaltungssatzung nicht für das DEG-Haus gelte; dieses Gebäude stelle einen „Ausreißer“ nach oben und unten dar – und sei somit nicht in der Beurteilung zu betrachten, sondern die nähere Umgebung mit ihrer Dichte der Bebauung, d. h. überbaute Grundstücksfläche. Dort sei an verschiedenen Stellen zu erkennen, dass die Grundstücke zwischen 0,8 und 1,0 bebaut sind. Hinsichtlich der abzubildenden Topografie klärt Frau Müller auf, dass in der Überarbeitung die Staffelung zwischen der Belvederestraße und dem Alten Militärring in der Gebäudehöhenentwicklung dargestellt werde (III-Geschosse statt vorher V-Geschosse). Die Gebäude staffeln sich entlang des Hanges um ein Geschoss nach unten, so Frau Müller. Der Abstand zu der Militärringstraße betrage etwa 8-10 Meter.

Sachkundiger Einwohner Hilden führt aus, dass das Altgebäude in seiner Staffelung bis zum Fuß des Hanges reiche, wo sich unten eine relativ niedrige Ebene anschließe. Die neue Planung gehe weit über dieses Altgebäude hinaus in Richtung Alter Militärring. Hierdurch werde der Hang unkenntlich, wenn bis auf die untere Ebene gebaut werde; insofern müssten die Gebäude s. E. zurückgebaut werden.

Herr Funk vom Stadtplanungsamt führt aus, dass die Aufgabe, eine stärkere Annäherung an die Hangkante vorzunehmen, aus der Bürgerbeteiligung resultiere; diese Maßgabe sei nunmehr erfolgt.

RM Sterck bittet Frau Müller unter Bezugnahme auf die Erhaltungssatzung um Erläuterung, welche Ausnutzung gegeben sei und ob dies nach ihrer Auffassung kompatibel mit dem Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal sei. Frau Müller erklärt, dass im gesamten Bereich eine Ausnutzung von 1,15 gegeben sei. Der heutige Bestand weise eine Ausnutzung von 1,8 auf. Die Erhaltungssatzung treffe keine Aussage über die Ausnutzung des Grundstücks; dies richte sich nach § 34 BauGB.

Bei einer isolierten Betrachtung der nördlichen Bebauung werden sowohl § 34 BauGB als auch die Erhaltungssatzung eingehalten, so Beigeordneter Streitberger. Die hohe Ausnutzung könne sicherlich in der Diskussion unterschiedlich bewertet werden, jedoch sei es baurechtlich zulässig. Der südliche Bereich befinde sich nicht mehr im Gebiet der Erhaltungssatzung. Im Vergleich zum heutigen Bestand von 1,8 sei erklärtes Ziel, mit einer GFZ von 1,2 über das gesamte Areal erkennbar eine geringere Dichte herbeizuführen; diese sei jedoch im südlichen Bereich höher als vergleichbar mit dem Schnitt von Alt-Müngersdorf.

Die Aufstellung eines Bebauungsplans sei erforderlich, da bereits einer bestehe; auf der Grundlage des für den Bereich südlich Herrigergasse (DEG-Gebäude) geltenden B-Planes, könnte ein solches Vorhaben nicht realisiert werden.

Vorsitzender Klipper erklärt für die CDU-Fraktion, dass sich diese mit diesem Bau sehr schwer getan habe. Das bestehende knapp 10-geschossige Gebäude passe von

der Struktur her nicht in das Gebiet und stelle eine Bausünde der 70er Jahre dar. Auch ein reduzierter Ansatz dieses Gebäudes würde dem Städtebau nicht gerecht. Nun gelte es, diesen negativen Aspekt aus den 70er Jahren zu korrigieren bzw. durch eine adäquate, dem Ort angepasste Situation zu ersetzen. Der Vorsitzende spricht sich für die vorliegende Planung aus, regt dabei aber an, um die Hanglage am Alten Militärring angemessen zu berücksichtigen, ggf. auf ein Stockwerk zu verzichten oder das Staffelgeschoss insgesamt um das ganze Obergeschoss zu führen (Haus 4 und Haus 7). Unter Berücksichtigung dessen stelle die Planung gegenüber dem Altbestand eine erhebliche Verbesserung dar. Auch die verkehrliche Situation werde sich durch die Neubebauung verbessern.

RM Dr. Bürgermeister schließt sich den Ausführungen und Vorschlägen des Vorsitzenden an. In Bezug auf die geforderte Feinkörnigkeit stelle das Vorhaben eine deutliche Verbesserung dar. Es sei sicherzustellen, dass die Erhaltungssatzung in ihrem Grundsatz davon nicht in Mitleidenschaft gezogen oder aufgeweicht werde.

RM Moritz schließt sich im Ergebnis ebenfalls dieser Beurteilung an. Für den Vorhabenträger müsse erkennbar sein, in welche Richtung - unter der Voraussetzung der Machbar- und Lebbarkeit - nachzubessern sei. Die Ergebnisse des Workshops bezüglich Materialauswahl und Gestaltung sollten weiter verfolgt werden. RM Moritz macht darauf aufmerksam, dass durch das Vorhaben auch ein „Nutzungsfremdkörper“ entfernt werde, da in das Wohngebiet kein Arbeitsplatz mit 250 Angestellten gehöre und nunmehr eine Stärkung des Wohnens erfolge. Der Ansatz sei insgesamt akzeptabel und könne in die Offenlage gehen.

RM Sterck kann sich den Vorrednern teilweise anschließen. Dass es eine Verbesserung gebe, stehe außer Frage. Fraglich sei jedoch, ob diese Verbesserung gut genug sei. Mit Blick auf das klare Votum der Bezirksvertretung beantragt RM Sterck, diesem zu folgen.

Vorsitzender Klipper lässt zunächst über den Antrag von RM Sterck abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss schließt sich dem Votum der Bezirksvertretung Lindenthal an.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die FDP **abgelehnt.**

Dann stellt der Vorsitzende die Beschlussvorlage mit der Ergänzung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, für das Plangebiet "Herzigergasse" in Köln-Müngersdorf einen Bebauungsplan-Entwurf auf der Grundlage des Planungskonzeptes mit Stand von Februar 2009 (siehe Anlage 5 sowie separat zugesandte Broschüre) auszuarbeiten. Hierbei ist im weiteren Dialog mit der Bürgerschaft und der Bezirksvertretung Lindenthal eine weitere Optimierung des Planungskonzeptes anzustreben.

Bei Haus 4 und Haus 7 soll aufgrund der Hanglage eine geringere Höhe durch den Verzicht auf ein Vollgeschoss erzielt werden oder ein echtes Staffelgeschoss vorgesehen werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die FDP zugestimmt.

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

**10.1 Beschluss über die 2. Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 67410/10
Arbeitstitel: Westlich Raderberger Straße in Köln-Raderberg
4842/2008**

RM Waschek spricht die Aussage der Verwaltung an, wonach die behindertengerechte Überwindung des ca. 4 m hohen Geländesprungs zwischen den beiden Gebieten den Bau einer ca. 70 m langen Rampenanlage erfordert; er plädiert für eine verträgliche Lösung im Sinne des Beschlusses der Bezirksvertretung. Die Verwaltung möge dies bitte prüfen.

Die Leiterin des Stadtplanungsamtes, Frau Müller, erklärt, dass eine Vernetzung bzw. Verbindung der Gebiete wichtig sei, allerdings könne in den westlichen rechtskräftigen B-Plan nicht eingegriffen werden. Die 70 m Rampe sei notwendig für diese Vernetzung; die Stadtplanung werde dabei ein besonderes Augenmerk auf die Gestaltung der Rampe richten.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf

Nr. 67410/10 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet zwischen den Straßenmitten der Raderberger Straße, des Raderthalgürtels, der westlichen Grenze des Weges zwischen Raderthalgürtel und südlichem Ende der Kreuznacher Straße und der südlichen und östlichen Grenzen des Weges zwischen der Kreuznacher Straße und der Raderberger Straße in Köln-Raderberg —Arbeitstitel: Westlich Raderberger Straße in Köln-Raderberg— nach § 4 a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen erneut öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 10.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**
Arbeitstitel: Gewerbegebiet südlich Venloer Straße in Köln-Bocklemünd/Mengenich
4352/2008

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB), einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen den Grundstücken Venloer Straße Hausnr. 1305 a/1305 und Hausnr. 1451 und der Eisenbahnstrecke Köln - Mönchengladbach — Arbeitstitel: Gewerbegebiet südlich Venloer Straße in Köln-Bocklemünd/Mengenich— aufzustellen mit dem Ziel, ein Gewerbegebiet nach § 8 Baunutzungsverordnung (BauNVO) 1990 festzusetzen.
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB nach Modell 1.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 10.3 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Hugo-Junkers-Straße in Köln-Longerich
5673/2008

RM Sterck möchte folgende Aspekte thematisieren:

- Die Frage der Bezirksvertretung, ob dieses Gelände für die Abstellanlage der Bahn genutzt werden könne.
- Fragen aus der Bevölkerung nach einer möglichen Existenzbedrohung für das im südlichen Bereich gelegene rheinische Industriebahnmuseum.

RM Dr. Bürgermeister erklärt für die SPD-Fraktion, dass der von RM Sterck erstgenannte Aspekt den Knackpunkt dieser Vorlage darstelle. Ihre Fraktion sei im Grundsatz der Auffassung, dass das, was im B-Plan vorgesehen werde, sinnvoll und richtig sei; allerdings sei mit Blick auf die Problemlage an der Etzelstraße nicht ausreichend nachvollziehbar, dass hier keine Alternative geschaffen werden könne. Ihre Fraktion möchte keinesfalls Lösungen verbauen, die sich möglicherweise ergeben könnten. Vor diesem Hintergrund müsste die Verwaltung sehr überzeugend begründen, warum dem Vorschlag gefolgt werden sollte; ansonsten werde die SPD-Fraktion die Vorlage ablehnen.

RM Moritz führt aus, dass es nicht nachvollziehbar sei, warum sich die Bahn von verschiedenen Geländen trenne, was dann bei der Notwendigkeit von Betriebsanlagen-erweiterungen zur Einschränkung der Optionen führe. Unter räumlicher Betrachtung sei dieser hier durchaus ein Standort mit einer vorstellbaren Erweiterung.

Beigeordneter Streitberger verdeutlicht, dass die Bahn das Gelände an einen örtlich benachbarten Entsorgungsbetrieb verkauft habe, ohne es entwidmet zu haben. Dieser Entsorgungsbetrieb habe dringenden Erweiterungsbedarf. Es sei nunmehr wichtig, Baurecht durch Planungsrecht zu schaffen. Aus diesem Grund sei dieser städtebaulich begründete und in der Sache nachvollziehbare Vorschlag erarbeitet worden, wonach keine Einzelfalllösung für das Unternehmen, sondern eine strukturelle Entscheidung im Sinne einer Erweiterung einer guten und intensiv genutzten gewerblichen Fläche getroffen werden soll. Sofern die Politik der Vorlage nicht zustimme, müsste sich der Entsorgungsbetrieb einen neuen Standort suchen, der möglicherweise dann auch außerhalb Kölns läge. Die Verwaltung sei bestrebt, eine vernünftige städtebauliche Ordnung zu finden, was durch die Vorlage erzielt werden soll; vor diesem Hintergrund werbe er intensiv für eine positive Beschlussfassung.

Die Nachfrage von Vorsitzendem Klipper, ob die Stadt bei Verkäufen von Grundstücken der Bahn ein Vorkaufsrecht habe, wird verneint; dies sei nur in bestimmten Fällen möglich, wenn ein entsprechender B-Plan erstellt werde.

RM Moritz verweist erneut auf die Tatsache, dass die Bahn eine Erweiterung der Bahnanlage in Nippes benötige. In dieser Hinsicht sei zunächst abzuwägen, wo auf bahnnahem Gelände der richtige Ort sei. Ihres Erachtens sei es an der Zeit, sich auf einen Konflikt mit der Bahn einzulassen, da die Bahn sich offensichtlich weniger für die Schutzbedürfnisse der Anwohner interessiere als die Stadt Köln. Hier gehe es um eine Grundsatzfrage im Umgang zwischen Stadt und Bahn.

Beigeordneter Streitberger warnt mit Verweis auf andere große Bauprojekte vor einem undiplomatischen Umgang mit der Bahn. Im hiesigen Fall würde zudem bei einer Ab-

lehnung nicht die Bahn getroffen, sondern der Betrieb, welcher dringend eine Erweiterung benötige.

RM Sterck erachtet es als falsch, dieses Gewerbegebiet sozusagen als „Geisel“ zu nehmen, um mit der Bahn erneut in Verhandlungen zu treten. Er fragt an, in welchem Gesamtkontext diese vorgeschlagene Zonierung bzw. Ausdehnung in der Absprache mit der Bahn stehe. Beigeordneter Streitberger erklärt dies anhand eines Schaubildes/Lageplans.

Vorsitzender Klipper stellt Beratungsbedarf fest und schlägt vor, die Vorlage zu vertagen.

Beschluss:

Die Vorlage wird vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 10.4 **Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 62450/06****
Arbeitstitel: Ehemaliges Sidelgelände in Köln-Müngersdorf/-Braunsfeld
5671/2008

RM Klipper übergibt den Sitzungsvorsitz an RM Dr. Bürgermeister.
--

RM Moritz geht auf die Verkehrsbelastung im Stadtteil ein. Es sei davon auszugehen, dass sich durch die Erschließung des Gebietes aus verschiedenen Richtungen die Verkehre verteilen und insgesamt um nicht mehr als 5% zunehmen. Die Bewohner des Stadtteils seien demgegenüber jedoch skeptisch. Daher rege sie an, nach einer bestimmten Zeit, nachdem das Gebiet bebaut ist, eine entsprechende Evaluation durchzuführen. Sollte sich die Befürchtung der Bewohner bewahrheiten, wäre über verkehrlenkende Maßnahmen nachzudenken. Einen Beschluss über die durchzuführende Evaluation müsste ihres Erachtens der Verkehrsausschuss fassen.

Beigeordneter Streitberger schlägt vor, das im hiesigen Ausschuss zu beschließen. Die Verwaltung werde das entsprechend umsetzen. Die Ergebnisse würden dann im Stadtentwicklungsausschuss, im Verkehrsausschuss und in der Bezirksvertretung Lindenthal vorgestellt.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister macht auf den ergänzten Beschluss der Bezirksvertretung aufmerksam und regt an, diese Anregung zu übernehmen. Anschließend lässt die Vorsitzende über die Vorlage mit den Ergänzungen durch RM Moritz und die Bezirksvertretung Lindenthal abstimmen.

RM Dr. Bürgermeister übergibt den Sitzungsvorsitz an RM Klipper.

ergänzter Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 62450/06 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet zwischen Eupener Straße, östlicher Grenze der Grundstücke Eupener Str. 43 - 53, nördlicher Grenze der Grundstücke Eupener Str. 41 und Eilendorfer Str. 24, westlicher und nördlicher Grenze des Grundstücks Eilendorfer Str. 5, nördlicher Grenze des Flurstücks 1852, westlicher Grenze des Flurstücks 1856 (beide in der Gemarkung Müngersdorf, Flur 77), südlicher Grenze des Grundstücks Büsdorfer Str. 1, Glesser Straße, Linnicher Straße, südlicher und östlicher Grenzen der Grundstücke Linnicher Str. 48 und Stolberger Str. 351 - 353 sowie Stolberger Straße in Köln-Müngersdorf/-Braunsfeld—Arbeitstitel: Ehemaliges Sidelgelände in Köln-Müngersdorf/-Braunsfeld— nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

Während der gesamten Bauzeit ist eine öffentliche Benutzung der Fuß- und Radwegeverbindung von der Linnicher Straße zur Herbsthaler Straße sicherzustellen.

Nachdem das Gebiet bebaut ist, wird eine verkehrliche Evaluation durchgeführt. Die Ergebnisse werden dem Verkehrsausschuss, dem Stadtentwicklungsausschuss und der Bezirksvertretung Ehrenfeld vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.5 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Arbeitstitel: Leyendeckerstraße/Christianstraße in Köln-Ehrenfeld 4754/2008

Sachkundiger Einwohner Brock-Mildenberger fragt unter Bezugnahme auf die älteren - nicht unter Denkmalschutz stehenden - Backsteingebäude an, ob diese in die Planung einbezogen werden können und somit nicht abgerissen werden müssen.

Die Leiterin des Stadtplanungsamtes Frau Müller führt aus, dass im Rahmen des Gesamtkonzeptes/Neubaus seitens der Verwaltung kein Erfordernis gesehen werde, diese Gebäude stehen zu lassen. Ein potenzieller Erwerber könne dies jedoch so vorsehen.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Klipper teilt Frau Müller mit, dass sich das Gelände im Eigentum der Stadt Köln befindet.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13 a BauGB einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Leyendeckerstraße und Christianstraße, Flurstücke 27/2, 243, 244, 309, 310 —Arbeitstitel: Leyendeckerstraße/Christianstraße in Köln-Ehrenfeld— aufzustellen mit dem Ziel, die Fläche als Wohnbaufläche festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB nach Modell 2.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.6 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB Arbeitstitel: "Odemshof" in Köln-Lövenich

5666/2008

Vorsitzender Klipper lässt gemäß Votum der Bezirksvertretung abstimmen.

ergänzter Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

nach § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für den Bereich zwischen der Brauweilerstraße, der Kölner Straße und dem Odemshof in Köln-Lövenich —Arbeitstitel: Odemshof in Köln-Lövenich— im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB einzuleiten mit dem Ziel, das Planungsrecht zur Errichtung eines eingeschossigen Lebensmittelmarktes zu

schaffen.

Im Bebauungsplanverfahren sind folgende Punkte zu beachten:

- 1. Berücksichtigung des denkmalgeschützten Odemshofes und vertragliche Absicherung der Gestaltung des neuen Baukörpers.**
- 2. Bürgerbeteiligung vor Ort im Rahmen einer Abendveranstaltung.**
- 3. Vorstellung der verkehrlichen Anbindung des geplanten Supermarktes.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP.

**10.7 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 63538/02
Arbeitstitel: Schaaffhausenstraße in Köln-Seeberg
5586/2008**

RM Moritz verweist auf bestehende gesundheitliche Bedenken gegenüber der Hochspannungsleitung. Es werde behauptet, dass die Grenzwerte bzw. gesetzlich definierten Bereiche hier anders – und zwar ausgesprochen industriefreundlich - gefasst seien, als in anderen europäischen Ländern. Sie bittet um Auskunft, ob dies zutreffend sei.

Beigeordneter Streitberger erklärt, diese Frage in der heutigen Sitzung nicht beantworten zu können. Hierzu müsste zunächst entsprechend recherchiert und Abfragen in anderen europäischen Ländern gestartet werden. Das Verhältnis zwischen den nationalen und den kommunalen Werten sei in der Vorlage hinreichend erörtert. Auf Nachfrage verzichtet der Ausschuss auf entsprechende Recherche.

RM Sterck führt an, dass die Frage der Hochspannungsleitung bzw. ob in anderen Ländern andere Grenzwerte gelten im hiesigen Planungsausschuss kein Kriterium darstellen könne.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 63538/02 mit gestalterischen Festsetzungen für das Tiefgaragen-Grundstück auf der südöstlichen Seite der Schaaffhausenstraße zwischen dem Grundstück Schaaffhausenstr. 2, der Kleingartenanlage und dem Parkplatz in Köln-Seeberg —Arbeitstitel: Schaaffhausenstraße in Köln-Seeberg— nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung

der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der SPD.

**10.8 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Äußere Kanalstraße/Iltisstraße in Köln-Neuheitenfeld
5660/2008**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. nach § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet zwischen nordwestlich der bebauten Grundstücke an der Jakob-Schupp-Straße Hausnrn. 6 - 20/Iltisstraße Hausnr. 135, Iltisstraße, Äußere Kanalstraße Hausnrn. 278 - 288 und der öffentlichen Grünfläche (Parkanlage) im Südwesten in Köln-Neuheitenfeld –Arbeitstitel: Äußere Kanalstraße/Iltisstraße in Köln-Neuheitenfeld– einzuleiten mit dem Ziel, eine Wohnbebauung für Geschosswohnungsbau in III-, IV-, V- und VI-geschossiger Bauweise mit ca. 200 Wohnungen mit privater innerer Erschließung und Tiefgarage festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB nach Modell 2.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.9 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens
Arbeitstitel: "Gießerei-Gelände" in Köln-Mülheim
5751/2008**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen der Deutz-Mülheimer Straße im Osten, dem Auenweg im Norden einschließlich der angrenzenden Grundstücke, Parzelle 178/4, 752/127 und 211, Flur 6, einem 260 m langen Abschnitt der westlichen Grundstücksgrenze der ehemaligen Hafenbahn, von dort in südöstlicher Richtung mit einer 200 m langen Verbindung bis zur südlichen Grundstücksgrenze der Parzelle 288, südliche Grundstücksgrenze der Parzelle 288 (Villa Charlier) bis zum Auenweg – aufzustellen mit dem Ziel, für den nördlichen und mittleren Teil des Gießerei-Geländes zonierte Gewerbe (nicht oder gering störendes Gewerbe, Büro/Dienstleistung) unter Ausschluss von Einzelhandel, eine Erschließungsstraße zwischen Auenweg und Deutz-Mülheimer Straße, Wohnen (ca. 100 WE) nach Maßgabe der Umweltprüfung sowie den Grünzug "Charlier" als Teil des Rheinboulevards/Mülheim-Süd in einer Breite von 50 m zwischen Deutz-Mülheimer Straße und Hafenstraße festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.10 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Arbeitstitel: "Öffentlich zugängliche Golfanlage" in Köln-Widdersdorf 5611/2008

RM Moritz begründet, warum sie die Vorlage als „unanständig“ erachte. Zunächst sei die Situation siedlungsräumlich zu betrachten. Der Charakter der Landschaft zeichne sich durch hochwertige landwirtschaftlich genutzte - im Umweltbericht als nicht ausgleichbar ausgewiesene - Böden aus. Die geplante Landschaft habe nichts mit dem Charakter der vorhandenen Landschaft zu tun. Das Ziel der Regionale, den regionalen Charakter eines Siedlungsraumes durch Vernetzung von Grünzügen herauszustreichen, werde hier geradezu konterkariert. Einen Bedarf für eine neue Golfanlage erachte sie – u. a. mit Verweis auf die nicht ausgelastete Golfanlage in Roggendorf-Thenhoven – zudem als nicht gegeben. Hier würden ohne Not landwirtschaftliche Flächen aufgegeben, was unverantwortlich sei.

RM Detjen fragt an, ob die zur Rede stehenden Grünflächen aus dem Grundwasser bewässert werden sollen und ob geprüft worden sei, dass es hierdurch ggf. zu Grundwasserabsenkungen kommen könnte. Weiterhin bittet RM Detjen um Auskunft, ob der Verwaltung bekannt sei, dass dort bereits in größerem Umfang Erdarbeiten stattfinden. So werde z. B. ein Wall an der Autobahn gebaut und ein See erschlossen. Er halte es für falsch, im öffentlichen Raum eine Fläche von 100 ha einem Privaten zur Planung zu überlassen. Überdies gebe es nach seiner Auffassung mit Blick auf die Sportart Golf auch ein Sicherheitsproblem. Diese Vorlage werde seine Fraktion grundsätzlich ablehnen.

Beigeordneter Streitberger geht zunächst auf die Äußerungen von RM Moritz zum Landschaftsbild ein. Mit Verweis auf den 6-spurigen Ausbau der A1 an dieser Stelle und das Siedlungsgebiet Widdersdorf-Süd macht der Beigeordnete auf die Verpflichtung zur Errichtung eines Lärmschutzwalles aufmerksam. Dieses Bauwerk solle nicht als technisches Bauwerk in Trapezform errichtet, sondern zur „Landseite“ als Landschaftsraum modelliert werden. Der Landschaftsplan sage an dieser Stelle, dass die Landschaft angereichert werden solle. Üblicherweise sei zu beobachten, dass Golfplätze nach einigen Jahren so gut eingegrünt seien, dass sie als Bereicherung der Landschaft wahrgenommen werden können. Eingehend auf die Fragen von RM Detjen führt Herr Streitberger aus, dass im Rahmen der zu erteilenden wasserrechtlichen Erlaubnis die Untere Wasserbehörde darauf achten werde, dass es keine Grundwasserabsenkungen gibt. Die bereits stattfindenden Erdarbeiten im Zusammenhang mit dem Wall seien der Verwaltung bekannt. Unter Bezugnahme auf den Aspekt des öffentlichen Raumes und die Durchwegung dessen klärt der Beigeordnete auf, dass auf eine Wegebeziehung zum Landschaftspark Belvedere geachtet worden sei.

RM Moritz sieht in dem Golfplatz einen Eingriff, obgleich er als Ausgleich gedacht sei. Sie fragt an, wo dieser Eingriff ausgeglichen werde.

Beigeordneter Streitberger erklärt, dass dies im Bebauungsplan geregelt bzw. ausgeglichen werden müsse.

RM Dr. Bürgermeister macht deutlich, dass die Beschlusslage in ihrer Fraktion noch nicht endgültig sei. Zunächst solle die Vorlage in den zuständigen Bezirksvertretungen und Fachausschüssen beraten werden. Dabei regt sie an, die Vorlage auch in den Sportausschuss zu verweisen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün, in die Bezirksvertretungen Ehrenfeld und Lindenthal **sowie in den Sportausschuss.**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

**10.11 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 76437/03
Arbeitstitel: An der Rather Burg in Köln-Rath/Heumar
5713/2008**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün sowie in die Bezirksvertretung Kalk.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.12 Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 68505/02
Arbeitstitel: :rhein - "wohnen am strom" Ulrich Haberland Haus in
Köln-Stammheim
4599/2008**

Beigeordneter Streitberger verweist auf die vorliegende Zusatzinformation der StEB (Schreiben der StEB vom 27.02.2009), empfiehlt jedoch gleichwohl, das Verfahren zu beginnen.

Sachkundiger Einwohner Beste fragt an, ob die im Entwurf vorgesehene gastronomische Anlage weiterhin in der Planung sei; hierfür spreche er sich deutlich aus.

Frau Müssigmann vom Stadtplanungsamt verdeutlicht zunächst, dass die vorliegende Planung aus dem Thema Regionale 2010 hervorgegangen sei. Gastronomie sei in diesem Zusammenhang bei dem Wettbewerbsergebnis nicht vorgesehen; insofern werde diese an dem Standort bislang nicht weiter verfolgt.

Sachkundiger Einwohner Beste bittet darum, sicherzustellen, dass eine Gastronomie mit Rheinblick eingerichtet werden kann.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Verweisung der Vorlage mit dem Zusatz von Herrn Beste abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün sowie in die Bezirksvertretung Mülheim.

Es ist sicherzustellen, dass eine Gastronomie eingerichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.13 **Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens
(vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Kalker Hauptstr. 145 in Köln-Kalk
0452/2009****

Beigeordneter Streitberger wirbt für die Vorlage, indem er das dringende Erweiterungserfordernis der Aldi-Filiale auf der Kalker Hauptstraße beschreibt. Diese Aldi-Filiale stelle ein äußerst stabilisierendes Element der Kalker Hauptstraße dar. Die Konsequenz einer Ablehnung des Vorhabens wäre die Aufgabe des Standortes durch die Firma Aldi und vermutlich eine weitere Ansiedlung eines 1-Euro-Shops. Die Größenordnung an diesem integrierten Standort beurteile er als verträglich.

Ihre Fraktion begrüße das Vorhaben, so RM Moritz, schlage dabei jedoch vor, eine Dachbegrünung für den Anbau festzusetzen.

Sachkundiger Einwohner Baatz fordert, da es sich hier um ein städtisches Grundstück handelt, die Einrichtung einer Kundentoilette als Auflage zu machen.

Beigeordneter Streitberger erklärt zunächst, dass die Größenordnung der Verkaufsflächen bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses nochmals geprüft werde. Die Forderung von Herrn Baatz nach einer Kundentoilette werde aufgenommen.

Vorsitzender Klipper gibt zu Protokoll, dass die Kalker Hauptstraße in einem wirtschaftlich sehr schlechten Zustand sei und sie deshalb einer Aufwertung bedürfe. Die schleichende Vergrößerung der Discounterflächen veranlasse ihn jedoch davor zu warnen, Vollsortimenter und andere Einzelhändler damit kaputt zu machen und schließlich eine Monostruktur mit Discountern zu erhalten.

Anschließend lässt der Vorsitzende über die Verweisung der Vorlage mit den Ergänzungen von RM Moritz und sachkundigem Einwohner Baatz abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Kalk.

Für den Anbau ist eine Dachbegrünung festzusetzen und die Einrichtung einer Kundentoilette ist zur Auflage zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.14 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 63472/03
Arbeitstitel: Alpenerstraße/Marienstraße in Köln-Ehrenfeld
0395/2009**

Auf Nachfrage von RM Moritz teilt die Leiterin des Stadtplanungsamtes Frau Müller mit, dass der heutige Versiegelungsgrad höher sei und fast bei 100% liege.

RM Sterck fragt mit Verweis auf die Erstberatung an, ob aufgrund der seinerzeit kritischen Äußerungen die Planung in ihrer Form verändert worden sei. Dies wird seitens Frau Müller verneint.

Sachkundiger Einwohner Brock-Mildenberger bittet um Auskunft, ob die auf Seite 2 genannten Informations-Veranstaltungen dokumentiert worden sei. Nicht im Sinne von Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung, so die Leiterin des Stadtplanungsamtes.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Ehrenfeld.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.15 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Südwestlich Melatenfriedhof in Köln-Lindenthal
5599/2008**

Beigeordneter Streitberger erklärt, dass sich dieser vorhabenbezogene Bebauungsplan über mehrere Grundstücke erstrecke. Der Eigentümer des betroffenen Nachbargrundstücks habe bei ihm gegen dieses Planvorhaben interveniert; aus diesem Grund habe er die Vorlage von der Tagesordnung der letzten Sitzung zurückgezogen. In der übernächsten Woche gebe es einen Termin mit beiden Grundstückseigentümern; er sei zuversichtlich, dass das Verfahren erfolgreich sein werde und bittet den Ausschuss deshalb darum, die Vorlage heute zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretung zu verweisen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Lindenthal.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.16 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 66455/06
Arbeitstitel: Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord
5674/2008**

RM Moritz berichtet von Informationen, wonach die Untere Landschaftsbehörde als Träger öffentlicher Belange trotz vorhandener Naturdenkmäler nicht einbezogen worden sei. Ihr sei es jedoch wichtig, die Vorlage auf den Weg zu geben. Insofern schlägt sich vor, die Vorlage vorbehaltlich einer nachträglichen Zustimmung in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Die Leiterin des Stadtplanungsamtes erklärt, dass die Untere Naturschutzbehörde im Verfahren durchaus beteiligt worden war. Diese habe im Zuge dessen bestimmte Anregungen zu den Naturdenkmälern, welche zum Teil Pilzbefallen und gefährdet seien, gegeben. Der Bereich des Kinderspielplatzes auf der öffentlichen Fläche unter einer betreffenden Platane sei von der Unteren Naturschutzbehörde als gefährdeter Bereich bewertet worden. Dieses Problem bestehe jedoch schon im heutigen Zustand. Alle anderen Naturdenkmale seien dargestellt und befinden sich in den nicht überbaubaren Flächen. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens müsse noch geprüft werden, ob z. B. Zweige dieser Naturdenkmale an die Häuser stoßen. Die Gebäudehöhen entsprechen den Festsetzungen des Höhenkonzeptes, so Frau Müller.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Wirtschaftsausschuss, in den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün sowie in die Bezirksvertretung Innenstadt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nr. 71380/03
Arbeitstitel: "Sürther Feld" in Köln-Rodenkirchen
5616/2008**

RM Waschek zeigt seine Verwunderung bezogen auf die Haltung der Bezirksvertretung Rodenkirchen. Die SPD stimme der Vorlage grundsätzlich zu. Zu den einzelnen Punkten des Beschlusses der Bezirksvertretung könne er später Stellung nehmen.

RM Sterck bittet die Verwaltung, zu den Fragen der Sportplätze, der Grundschule, der Busspur und der Kita's Stellung zu nehmen.

Mit Bezug auf die Sportplätze informiert Beigeordneter Streitberger dass die Gebäudewirtschaft nunmehr seitens des Sportamtes den Auftrag erhalten habe, diese zu planen und entsprechend auszuschreiben; die finanziellen Mittel stehen nach seiner Kenntnis hierfür zur Verfügung. Der Auftrag habe aufgrund des Finanzsystems nicht vorher erteilt werden können, da die Gelder nicht vor der Absehbarkeit der Rechtskraft des Bebauungsplanes freigegeben worden seien.

Bei der Schule handele es sich um eine Vorhaltefläche. Dahinter stehe die Idee einer „Schule für Europa“. Nach seiner Kenntnis sei dieses Vorhaben jedoch für einen mittleren Zeitraum anders gelöst worden. In Abstimmung mit der Schulverwaltung erfolge hier die Reservehaltung eines Schulstandortes. Ansonsten werde der Raum als Grünanlage gestaltet.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Klipper erläutert Beigeordneter Streitberger, dass es sich um eine Fläche für den Gemeinbedarf mit dem Signet Schule handele; hier könne jede Art von Schule untergebracht werden. Nähere Auskünfte zu den Planungen der Schulverwaltung könne er an dieser Stelle jedoch nicht machen.

Die Leiterin des Stadtplanungsamtes Frau Müller erklärt, dass in den Wohnbauflächen drei Kindergartenstandorte integriert seien. Bezüglich der Frage nach der Busspur klärt Frau Müller auf, dass eine nur für die öffentliche Nahverkehrserschließung freizuhaltende Fläche festgesetzt worden sei. Im Ausbau sei dies so zu regeln, dass kein privater Individualverkehr diesen Bereich nutzen dürfe.

RM Moritz gibt die Befürchtung der Bezirksvertretung wieder, dass der Bus, welcher heute über die Weißer Hauptstraße fahre, zukünftig der Bus sei, der in den zur Rede stehenden Bereich geführt werde und dadurch ein Loch entstehe. Sie habe dagegen gehalten, dass der Bus aus dem Interesse der KVB heraus die Strecke mit den meisten Kunden fahre. Im Übrigen werde hier nur eine Busspur „vorgehalten“.

RM Detjen fragt unter Bezugnahme auf das Thema Cross-Border-Leasing nach einer Liste, um welche städtischen Liegenschaften es sich handelt.

Beigeordneter Streitberger erklärt, dass es nach seiner Kenntnis an dieser Stelle keine Möglichkeit gebe, den Vertrag zu verlassen – insofern gebe es die klare Perspektive, den Plan zu realisieren und die Erschließung zu bauen. Die Besiedlung des Gesamtareals werde etwa acht bis zehn Jahre in Anspruch nehmen. Aktuellere Entwicklungen aus dem Cross-Border-Leasing seien nicht in diese Vorlage eingepflegt. Die Liste der betroffenen Grundstücke stelle einen Bestandteil des Vertrages dar.

Unter Bezugnahme auf die Begründung der Verwaltung im Zusammenhang mit der möglichen Verlagerung der Sportanlage fragt RM Dr. Müser an, von wem die Aussage stamme, aus schulischer Sicht sei es sinnvoll, die Gesamtschule und eine mögliche Grundschule räumlich voneinander zu trennen. Dies frage er vor dem Hintergrund, dass derzeit mit viel Engagement und finanziellem Aufwand das Gegenteil am Klingelpützpark (Stichwort Bildungslandschaft) zu erreichen versucht werde. Weiterhin greift RM Dr. Müser das Argument der Verwaltung gegen eine Verlagerung der Sportanlage auf, wonach die Erreichbarkeit der Sportanlage (ÖPNV-Verbindung) durch ihre Nutzer im Vordergrund stehe. Es sei fragwürdig, wie die Verwaltung in der Abwägung dazu komme, dass es für Grundschüler eher zumutbar sei, einen längeren Weg zu gehen, als für Sportler.

Beigeordneter Streitberger geht auf die geplante Anordnung der Schulen in diesem Bereich und auch auf die Ansätze der Bildungslandschaft Altstadt-Nord ein. Hierbei gehe es nicht darum, aus mehreren vorhandenen Einrichtungen eine auf einem Standort zu machen.

Sachkundiger Einwohner Baatz fragt an, ob im Umfeld ausreichend barriere- bzw. seniorengerechte Wohnungen angeboten werden und ob genügend Pflegeplätze vorhanden seien. Beigeordneter Streitberger klärt auf, dass die Zahl von 3-5% barriere- bzw. seniorengerechter Wohnungen im Baugebiet voraussichtlich übertroffen werde. Mit Blick auf die Pflegeplätze verweist der Beigeordnete Streitberger auf die Einrichtung Michaelshoven in unmittelbarer Nachbarschaft.

Vorsitzender Klipper macht auf den großen Wohnungsbedarf in Köln aufmerksam. Vor diesem Hintergrund könne seiner Auffassung nach eine Bebauung des Sürther Feldes nicht abgelehnt werden. Der Vorsitzende regt an, folgenden Zusatz zu beschließen: Sollte sich in absehbarer Zeit vor der Umsetzung eine Änderung des Cross-Border-Leasings dahingehend ergeben, dass die Grundstücke frei sind, soll mit Bauabschnitt III begonnen werden.

RM Waschek schlägt vor, entsprechend der Anlage 9 das Signet Jugendeinrichtung aufzunehmen.

ergänzter Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nr. 71380/03 für das Gebiet der Ackerfläche südlich und östlich der Lise-Meitner-Gesamtschule, östlich des diakonischen Rehabilitationszentrums Coenaculum, südlich der Wohnbaugrundstücke Mozartstr. 23 und 25, Beethovenstr. 6 und 7, Schubertstr. 7 und 8 sowie Lisztstr. 20 (Künstlerviertel), östlich der Lisztstraße, südlich der Wohnbaugrundstücke Lisztstr. 7 - 9 und Weißer Str. 132 - 132 d, südwestlich der Weißer Straße, westlich der Hammerschmidtstraße, nördlich der Straße Am Feldrain und östlich der Sürther Straße in Köln-Rodenkirchen —Arbeitstitel: "Sürther Feld" in Köln-Rodenkirchen— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;
2. den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 71380/03 nach § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;
3. den Bebauungsplan Nr. 71380/03 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Abs. 1 BauGB in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3 316) i. V. m. § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Abs. 8 BauGB beigefügten Begründung.

Sollte sich in absehbarer Zeit vor der Umsetzung eine Änderung des Cross-Border-Leasings dahingehend ergeben, dass die Grundstücke frei sind, soll mit Bauabschnitt III begonnen werden.

Die Gemeinbedarfsfläche im Südwesten des Plangebiets soll um ein Signet "Jugendeinrichtung" ergänzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 5945/03
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Dieselstraße in Köln-Lövenich
0194/2009**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nr. 5945/03 für das Gebiet zwischen der Kölner Straße im Norden, der Bundesautobahn A 1 im Osten, der Bahnstrecke Köln - Aachen im Süden und der rückwärtigen Grenze des Grundstückes Dieselstr. 2 im Westen in Köln-Lövenich —Arbeitstitel: Gewerbegebiet Dieselstraße in Köln-Lövenich— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;
2. den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 5945/03 nach § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;
3. den Bebauungsplan Nr. 5945/03 nach § 10 Abs. 1 BauGB in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3 316) i. V. m. § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Abs. 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

**13.1 Beschluss über die Einleitung betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 70493/03 in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB
Arbeitstitel: Düsseldorfer Straße in Köln-Mülheim, 1. Änderung
5580/2008**

RM Zimmermann regt an, dem einstimmigen Beschluss der Bezirksvertretung Mülheim zu folgen. Dabei erklärt er, dass er aufgrund der als Anlage 7 vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung vermute, dass die Verwaltung den zweiten Punkt der Er-

gänzung durch die Bezirksvertretung falsch verstanden habe. Nach seiner Kenntnis habe die Bezirksvertretung die Erdgeschosse der Kopfgebäude gemeint.

RM Detjen schließt sich den Worten von Herrn Zimmermann an.

Beigeordneter Streitberger plädiert für die in der Verwaltungsvorlage vorgeschlagene Erhöhung von 4 auf 6 Geschosse; die städtebauliche Veränderung mit den Kopfbauten könne die Verwaltung sehr gut vertreten, da hierdurch eine Betonung des öffentlichen Raumes im Gegensatz zu den privaten, halböffentlichen Räumen zwischen den vorhandenen Gebäuden hergestellt werde.

Sachkundiger Einwohner Beste regt als Kompromisslösung eine punktuelle Höhenbetonung der Kopfbauten zum Rhein hin an, anstelle der vorgesehenen massiven Erhöhung auf sechs Geschosse über den halben Gebäuderiegel.

Beigeordneter Streitberger geht auf die städtebaulichen Aspekte der Planung ein und wirbt weiterhin für den Verwaltungsvorschlag.

Mit Verweis auf die Begehrtheit der zum Rhein gelegenen Wohnbereiche sollte dieser Anteil erheblich erhöht werden, so Vorsitzender Klipper. Den vorliegenden Auszug zum Beschluss der Bezirksvertretung erachte er im Übrigen als unzureichend, da dieser keine Begründung für die Entscheidung wiedergebe.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Vorlage zu vertagen.

Beschluss:

Die Vorlage wird vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**13.2 Beschluss über die Einleitung betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 70459/05
Arbeitstitel: Kunftstraße in Köln-Kalk, 2. Änderung
5521/2008**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Kalk.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 13.3 Beschluss über die Offenlage betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6150/02**
Arbeitstitel: Gewerbegebietserweiterung westlich Butzweilerhof in Köln-Ossendorf
0479/2009

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Wirtschaftsausschuss und in die Bezirksvertretung Ehrenfeld.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

15 Sonstige Satzungen

- 15.1 Sanierung Ehrenfeld/Ost**
Aufhebung der Sanierungssatzungen Ehrenfeld/Ost , Abschnitte I und II
3945/2008

Sachkundiger Einwohner Brock-Mildenberger erläutert den Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld und wirbt für eine entsprechende Beschlussfassung im hiesigen Ausschuss.

RM Moritz führt aus, dass in den Fällen, wo eine Bezirksvertretung aus Sorge um eine Fehlentwicklung einen Bebauungsplan wünscht, grundsätzlich die Verwaltung zunächst aufgefordert werde, den Ausschuss über entsprechende Bauvoranfragen zu informieren; so werde ein „Zudecken“ der Verwaltung mit Bebauungsplänen verhindert. Wenn es um die Befürchtung gehe, dass sich die Ziele der Sanierung baulich nicht fortsetzen, stelle sich die Frage, ob tatsächlich ein Bebauungsplan benötigt werde. Ihres Erachtens sei dies nicht erforderlich. Sie fragt an, ob die Verwaltung der Bezirksvertretung erkläre, wie der Stadtentwicklungsausschuss mit solchen Angelegenheiten in der Regel umgeht.

Aufgrund der Tatsache, dass die Stellungnahme der Verwaltung als Tischvorlage eingebracht wurde und noch Beratungsbedarf besteht, wird die Vertagung der Vorlage vorgeschlagen.

Beschluss:

Die Vorlage wird vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**15.2 Sanierung Kalk Aufhebung der Sanierungssatzung Kalk
5768/2008**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Kalk in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage jedoch zunächst in die Bezirksvertretung Kalk und verzichtet auf den zweiten Durchgang, falls diese uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

16.1 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen hier: Umsetzung des Beschlusses der Bezirksvertretung 2 Rodenkirchen vom 05.05.2008 durch die Einleitung vorbereitender (Sanierungs-)Untersuchungen gem. § 141 Baugesetzbuch für Köln-Meschenich 0274/2009

RM Waschek fragt an, wann die nächste Verwaltungsvorlage eingebracht werde, mit der es dann in der Sache weitergehe. Weiterhin bittet Herr Waschek um Auskunft zur Entwicklung des Mischgebietes im Norden von Meschenich und um Mitteilung, wann für dieses Gebiet ein B-Plan komme.

Beigeordneter Streitberger informiert, dass sich bislang für dieses (nördliche) Gebiet keine Nachfrage gezeigt habe; ansonsten hätte ein VEP eingeleitet werden können.

Herr Waschek erklärt hierauf eingehend, dass verschiedene Discounter und Vollsortimenter diesbezügliches Interesse geäußert hätten.

Herr Streitberger teilt weiterhin mit, dass die vorbereitende Untersuchung einige Zeit in Anspruch nehmen werde.

RM Waschek wirbt für verstärkte politische Unterstützung für den Bereich Meschenich.

Unter Bezugnahme auf das BV-Beschlussdatum 05.05.2008 und der erst zur heutigen Sitzung eingebrachten Vorlage moniert RM Moritz, dass dieser Zeitraum zu lang sei. Ihrer Auffassung nach sollten die Anregungen von Bezirksvertretungen spätestens zur nächsten Sitzung des Fachausschusses vorgelegt werden.

Beigeordneter Streitberger verweist in diesem Zusammenhang auf die kleine Abteilung im Amt für Stadtentwicklung und Statistik, welche auch mit Aufgaben wie dem Rechtsrheinischen Entwicklungskonzept, dem Hafenstandortkonzept Deutz und Innenstadtkonzept Porz befasst sei. Er bittet deshalb um Verständnis, dass eine qualifizierte Vorlage nicht regelmäßig zur nächsten Sitzung erstellt werden könne. Weiterhin, so führt der Beigeordnete aus, seien an die Einleitung eines „Sanierungsgebietes“ erhebliche gesetzliche Hürden gestellt, so dass es zunächst einer grundlegenden Untersuchung bedürfe. Die Anlage 3 stelle insofern die Qualifizierung des herbeizuführenden Beschlusses dar.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Rodenkirchen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17 Mitteilungen

17.1 Bericht Stadtraummanagement 2008 5602/2008

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Klipper nach der Oberflächengestaltung am Kulturquartier Neumarkt informiert Beigeordneter Streitberger, dass eine diesbezügliche Entscheidung zwar für das Grundstück des Kulturzentrums am Neumarkt erfolgt sei, allerdings stehe noch eine Entscheidung für den Rahmen aus. Es sei ein Auftrag erteilt worden, das Gesamtquartier im Zusammenhang zu bearbeiten. Das Ergebnis werde dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Verkehrsausschuss in Kürze vorgelegt.

RM Dr. Bürgermeister fragt nach der Grundlage für die unbefristete Verlängerung der Stelle. Im Übrigen merkt sie an, dass die Verfahrensfragen (Abstimmung zwischen verschiedenen Ämtern) im Mittelpunkt der Intention für die Einrichtung der Stelle gestanden haben.

Beigeordneter Streitberger klärt auf, dass die unbefristete Stellenverlängerung aus dem Ratsbeschluss zum Stellenplan hervorgehe.

Die taktilen Elemente am Chlodwigplatz halte sie zwar grundsätzlich für sinnvoll aber für extrem übertrieben, so RM Moritz.

Die Stadtraummanagerin Frau Wagner geht hierauf ein und stimmt RM Moritz im Grunde zu. Gemeinsam mit dem Amt für Straßen und Verkehrstechnik bestehe der Wunsch mit Blinden oder Sehbehinderten zu sprechen, die täglich diesen Bereich nutzen; das Thema stehe mit Priorität auf ihrer Agenda.

Vorsitzender Klipper bittet Frau Wagner darum, über das Ergebnis zu berichten.

**17.2 Bebauung am Breslauer Platz
-Ergebnis des kooperativen Werkstattverfahrens-
0042/2009**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.3 Bebauungsplan-Entwurf Nr. 72509/04
Arbeitstitel: Heidekarree in Köln-Dellbrück;
hier: Sachstand, Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
0160/2009**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.4 Mehrgenerationenwohnen in Köln
5076/2008**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Vorsitzender Klipper regt gegenüber der Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik Frau Kröger an, Mehrgenerationenwohnen in Rodenkirchen zu verwirklichen.

**17.5 Förderprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung für Maßnahmen an Welterbestätten
0664/2009**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.6 Probetrieb der KVB-Fahrgastinformation in Form einer Stele
0614/2009**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.7 Bebauung am Breslauer Platz;
hier: frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
0733/2009**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.8 Mehrfachbeauftragung für Stadtraum Mülheimer Brückenrampe in Köln-Mülheim als kooperatives Verfahren
Arbeitstitel: Raum | Stadt | Brücke in Köln-Mülheim
0814/2009**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

18 Mündliche Anfragen

18.1 Verkehrsgutachten

RM Jung bezieht sich auf die Andeutung des Wirtschaftsdezernenten im Wirtschaftsausschuss zum Thema Umsiedlung Großmarkt Marsdorf, wonach es bereits ein Verkehrsgutachten gebe. Die Nachfrage, ob dieses Verkehrsgutachten den Mitgliedern des Verkehrsausschusses als Anlage zum Protokoll zur Verfügung gestellt werden könne, sei seitens des Dezernenten verneint worden. RM Jung fragt an, ob es das Gutachten tatsächlich gebe und ob es zur Verfügung gestellt werden könne.

Beigeordneter Streitberger bestätigt, dass es ein Verkehrsgutachten des Landes NRW gebe. Auf dieser Grundlage werde die Stadt Köln ein Gutachten erstellen. Aktuell seien die Parameter bei den Nachbargemeinden und den anderen Dezernaten abgefragt worden. Er gehe davon aus, dass das Gutachten bis Ende des Jahres vorliege.

Vorsitzender Klipper verweist auf einen entsprechenden Auftrag zur Erstellung des Verkehrsgutachtens und kritisiert die Erstellungsdauer von eineinhalb Jahren.

Beigeordneter Streitberger betont, dass mehrfach in verschiedenen Gremien kommuniziert worden sei, zunächst das Verkehrsgutachten des Landes abzuwarten. Bei einem Zieljahr 2020 sei es s. E. nicht entscheidend, ob das Gutachten im Oktober 2008 oder 2009 vorliege; es gebe Dinge, die kurzfristiger bzw. dringender zu leisten seien.

18.2 Platz am Ende des Akazienweges in Köln Vogelsang

RM Breninek erinnert an die Beantwortung seiner mündlichen Anfrage aus der vergangenen Sitzung zum ehemaligen Festplatz am Akazienweg in Vogelsang.

Beigeordneter Streitberger sagt eine Stellungnahme zur nächsten Sitzung zu.

19 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Karl Jürgen Klipper
Vorsitzender

gez. Dr. Eva Bürgermeister
stv. Vorsitzende

gez. Simone Weber
Schriftführerin